



# HESSISCHER LANDTAG

25. 11. 2003

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Dringlicher Antrag**

**der Abg. Fuhrmann, Schäfer-Gümbel, Dr. Pauly-Bender,  
Dr. Spies (SPD) und Fraktion**

**betreffend eine gute Zukunft durch Ausbildung für alle**

Seit dem Jahr 1998 hat die rot-grüne Bundesregierung mit einer Vielzahl von Maßnahmen dazu beigetragen, jungen Menschen zu Beginn des Berufslebens eine tragfähige und dauerhafte Perspektive zu geben. Unter anderem auch durch das Jump- und das Jump-Plus-Programm hat sie erhebliche Anstrengungen unternommen, um mit dafür zu sorgen, dass Jugendliche nicht nach Abschluss ihrer Schulausbildung in die Arbeitslosigkeit fallen.

Wir wissen, dass eine qualifizierte Berufsausbildung die beste Gewähr dafür bietet, am Arbeitsmarkt Tritt zu fassen und sein Berufsleben aufbauen zu können. "Kein junger Mensch soll von der Schulbank in die Arbeitslosigkeit", dies ist eine der zentralen gesellschaftspolitischen Herausforderungen unserer Zeit.

Wir dürfen nicht zulassen, dass eine große Anzahl junger Menschen den Anschluss an die Arbeitswelt und damit auch an das gesellschaftliche Leben verpasst. Eine gute Ausbildung ist eine wichtige Voraussetzung für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und gehört deshalb zur Würde des Menschen.

Wir können aber nicht darüber hinwegsehen, dass eine wachsende Zahl von Unternehmen ihrer Ausbildungsverpflichtung nicht oder nur unzureichend nachkommt. Wir haben in Deutschland mittlerweile eine immer größer werdende Zahl nicht ausgebildeter arbeitsloser Jugendlicher. Derzeit erhalten zwei Drittel aller Jugendlichen ihre Berufsausbildung im dualen System. Das duale System mit den Lernorten Berufsschule und Betrieb ist ohne Zweifel die beste Vorbereitung für das Berufsleben. Es bewährt sich, weil Staat und Wirtschaft ihre Verantwortung für die schulische bzw. betriebliche Ausbildung wahrnehmen. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt jedoch, dass immer weniger Unternehmen ausbilden, mittlerweile sind es nur noch knapp 30 v.H.

Die Ausbildungssituation hat sich in diesem Jahr auch in Hessen drastisch verschärft. Die Lücke zwischen einem auswahlfähigen Ausbildungsangebot und der Anzahl der Bewerberinnen und Bewerber ist massiv gestiegen und hat sich auch zum Beginn des Ausbildungsjahres nicht geschlossen. Die vollmundigen Versprechung des hessischen Ministerpräsidenten zur Kampagne "Hessen pro Ausbildung – Wir laufen für Ausbildungsplätze", 10.000 zusätzliche Ausbildungsplätze zu verwirklichen, ist - in diesem Falle leider - abermals eine Seifenblase. Bei wohlwollender Betrachtung sind es 1.140 zusätzliche Ausbildungsplätze.

Die Hessische Landesregierung hat sich darüber hinaus mit der Streichung der Mittel für die Fachstellen für Jugendberufshilfe endgültig arbeits- und ausbildungsmarktpolitisch disqualifiziert.

Das duale System in Deutschland muss stabilisiert werden. Die Verantwortung für ein ausreichendes Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen liegt in diesem System bei der Wirtschaft. Trotz erheblicher Anstrengung in den letzten Wochen und Monaten ist ein ausreichendes Angebot nicht entstanden.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag stellt die Pflicht der Wirtschaft fest, eine ausgeglichene Ausbildungsplatzsituation rasch zu erreichen.
2. Der Hessische Landtag begrüßt ausdrücklich, dass zur Verwirklichung dieses Ziels der Bund eine Ausbildungsumlage einführen will, durch die zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze finanzieren werden sollen.
3. Der Hessische Landtag begrüßt, dass die Umlage durch Unternehmen finanziert wird, die nicht oder unzureichend ausbilden.
4. Der Hessische Landtag begrüßt, dass Branchen mit eigenen vergleichbaren tarifvertraglichen Vereinbarungen ausgenommen werden.
5. Der Hessische Landtag begrüßt, dass dabei Ausnahmeregelungen für besondere Konstellationen, z.B. für kleine und neu gegründete Betriebe, vorgesehen werden.
6. Der Hessische Landtag begrüßt, dass bei der Steuerung der verfügbaren Mittel die Mitwirkung der Sozialpartner in einem Beirat sichergestellt wird und dieser jährlich nach dem 30. September Empfehlungen zur Notwendigkeit und Höhe einer Ausbildungsplatzumlage abgibt. Er bewertet auch die Möglichkeit der Freistellung von Branchen auf der Grundlage der in ihrem Geltungsbereich verbindlichen tarifvertraglichen oder anderer vergleichbarer Vereinbarungen.

Wiesbaden, 25. November 2003

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Walter**

**Fuhrmann**  
**Schäfer-Gümbel**  
**Dr. Pauly-Bender**  
**Dr. Spies**